

17.	01/377	Änderung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Sankt Augustin; hier: Bildung des Ausschusses Neue Medien, E-Government und ADV (Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.01)	BRB zur Kenntnis FB 0 Bericht bis 25.02.02
-----	--------	--	---

Nachdem Herr Knülle den Antrag für die antragstellende Fraktion eingehend begründet hatte, erklärte Herr Dorgerloh, dass die FDP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde, weil es inhaltlich nicht erforderlich sei, zu derartigen Aufgaben einen neuen Ausschuss zu bilden. Nicht zuletzt auch aus Einsparungsgründen sollte vielmehr überlegt werden, wie der ADV-Arbeitskreis effektiver arbeiten und koordinieren könnte. Die Fraktionen könnten ihre Experten in diesen Arbeitskreis schicken, so dass eine interaktive Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern auch von dort aus veranlasst werden kann. Herr Dorgerloh unterstrich, dass man diesen Bereich von Fachleuten erledigen lassen sollte.

Herr Schröder wies darauf hin, dass die Ratsmitglieder die politisch strategischen Entscheidungen treffen und dann das Feld der Verwaltung überlassen sollten. Im Rahmen des Prozesses der Neuen Steuerung sollte die Politik sich nicht um jede Einzelheit kümmern, sondern diese den Fachleuten überlassen. Außerdem machte Herr Schröder wie auch Herr Dorgerloh deutlich, dass die Einrichtung eines neuen Ausschusses auch wieder erhöhte Kosten mit sich bringt. Herr Schröder betonte, dass er großes Vertrauen in die Verwaltung setzt, dass sie alles Sinnvolle und Machbare in dieser Angelegenheit verlassen wird, so dass kein separater Ausschuss hierfür eingerichtet werden muss.

Herr Schäfer führte aus, dass die SPD-Fraktion die Situation ganz anders einschätzt, da die Stadt der Entwicklung hier schon nicht mehr hinterherkommt. Aus diesem Grunde muss sie sich mit diesen Angelegenheiten befassen, um auch in Zukunft beweglich zu bleiben. Da die Verwaltung dies mit dem wenigen Personal gar nicht leisten kann, sollte sie hier auch auf die Hilfe des Rates zurückgreifen. Herr Schäfer machte deutlich, dass ein Ausschuss einem Arbeitskreis vorzuziehen sei, weil hier mehr Mitglieder ihren Sachverstand einbringen und die Beratungen fundierter erfolgen können. Außerdem haben die Beschlüsse eines Ausschusses eine andere Bedeutung als die eines Arbeitskreises.

Herr Köhler machte deutlich, dass für die meisten gar nicht absehbar ist, was in Zukunft gerade in diesem technischen Bereich auf die Stadt zukommt. Deshalb sollte man diesen Vorschlag nicht so schnell ablehnen, sondern der Verwaltung Zielvorgaben und Aufträge geben. Wichtig sei es daher auch, dass die Politik hiermit eingebunden sei. Aus diesem Grund schlug Herr Köhler vor, diesen Antrag zumindest in der Satzungskommission, in dem die Änderungen der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung beraten werden, mit zu berücksichtigen.

Frau Bergmann-Gries schlug vor, die Thematik der Bildung eines neuen Ausschusses zunächst in der Satzungskommission zu behandeln und bat darüber hinaus die Verwaltung, einen substantiellen Sachstandsbericht aus dem gesamten ADV-Bereich zu erstellen. Außerdem machte sie deutlich, dass die

Internetpräsentation der Stadt dringend einer Verbesserung bedarf.

Nach einer längeren Diskussion stellte Herr Beck den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

Hiernach beantragte Herr Köhler den Antrag in die Satzungskommission zu verweisen.

Herr Schäfer erklärte, dass sich die SPD-Fraktion dem Antrag von Herrn Köhler anschließen könne und zog den ursprünglichen Antrag zurück.

Über den Antrag von Herrn Köhler, den Antrag Bildung des Ausschusses „Neue Medien, E-Government und ADV“ in der Satzungskommission zu behandeln, ließ der Bürgermeister abstimmen.

19 Ja-Stimmen

28 Nein-Stimmen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Auf Anfrage von Frau Bergmann-Gries erklärte der Bürgermeister zu diesem Tagesordnungspunkt, dass er ermitteln lassen wird, was der ADV-Arbeitskreis beschlossen hat und welche Beschlüsse hiervon umgesetzt worden sind.